



Hintergrund-Informationen aus Umwelt, Wirtschaft und Finanzen Geld- und Ökotipp

[Umwelt Infos](#) [Umwelt Beratung](#) [Umwelt Wirtschaft](#) [Umwelt Finanzen](#) [Umwelt-Technologie](#) [Umwelttipps](#) [Umweltfonds](#)
[Geldtipp](#) [Ökotipp](#) [Save the planet](#) [Wasser-Info](#) [Ökostrom-Test](#) [Nasa-Info](#) [Elektroauto](#) [Archiv](#) [Links](#) [Impressum](#)
[kostenlos abonnieren](#)

Umwelt-Index Juli 2005

- + Klimawandel und Besteuerung.
- + Globaler Marshall-Plan soll Untergang aufhalten.
- + Vernetzung fördern und an einem Strang ziehen!
- + Umweltschutz und Klimaschutz sind Arbeitsplatzknüller.
- + Kein Kahlschlag für Klopapier.
- + Umwelt-Finanzen: Neue Studie zu ökologischen Geldanlagen, Pensionsfonds, Photovoltaikbranche, Umweltfonds *ÖkoVision* etc.
- + Umwelt-Technologie: Verpackungsmaterialien, Solarmodule, Wasserstoffautos, Partikeloxidationskatalysator etc.
- + *Spruch des Monats*: Tewolde Berhan Egziabher, Umweltminister von Äthiopien
- + EU-Umweltminister beharren auf Gentech-Importverboten.
- + Bioland fordert: Gentech-Felder umpflügen!
- + Öko-Landbau: Chance für die deutsche Landwirtschaft.
- + Bauernpräsident Sonnleitner fordert Erhalt des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.
- + Kosten für Atomkraft weit unterschätzt.
- + Fusionsreaktor: Ein Projekt unrealistischer atomarer Blüenträume.
- + Ökostrom: Stromwechsel spart Millionen Tonnen an Treibhausgasen ein.
- + Wasserverschmutzung durch den Bayer-Konzern.
- + Umweltschützer jetzt öfter vor Gericht.
- + Wie Junkfood-Konsum Kinder verändert.
- + Demokratie oder Öl-Wirtschaft:
- + Auch Bush und Cheney stehen nicht über dem Gesetz.
- + Peak oil: Steigende Preise, sinkende Förderung.
- + Der nächste Ölschock kommt bestimmt!
- + Mailaktion: Friedenscamp gegen Ölausbeutung.
- + Deutsches Erdöl und Erdgas versiegen bald.
- + Steigende Umweltbelastung durch Flugverkehr.
- + Klimawandel:
- + Finanzsektor muss Geschäftsrisiko ernst nehmen!
- + Ein Drittel Spaniens droht zur Wüste zu werden.
- + Ozeane werden zunehmend saurer.
- + Marines Plankton und Klimawandel.
- + Buchtipp: Peter Henicke + Michael Müller: "Weltmacht Energie - Demokratie und Wohlstand"
- + Statistik: Weltenergieverbrauch + Besitzverteilung
- + Umwelt-Termine
- + Kriege um Wasser.
- + Zugang zum Wasser ist ein Menschenrecht.

- + Nein zu GATS (WTO).
- + PS: Lieber grün als Technik.
- + PPS: Umwelt wird vererbt!

PDF-Druckversion

Klimawandel und Besteuerung.

Plädoyer für eine wirksame Besteuerung fossiler Energien: Um den Kampf gegen die globale Erwärmung zu gewinnen, ist es nötig, 500 Millionen europäische Bürger (und auch amerikanische, japanische und chinesische Bürger) zu mobilisieren. Wie soll das geschehen? Um das Verhalten von Hunderten von Millionen von Menschen zu verändern, bedarf es wirkungsvoller Mittel als moralischer Appelle. Wir brauchen ein wirksames System von Anreizen und Abschreckungen.

Warum nicht die Besteuerung als ein umfassendes und leicht zu handhabendes Instrument zur Reduktion von CO₂-Emissionen nutzen? Warum nicht die Gelegenheit anstehender Steuerreformen ergreifen, um ein Steuersystem zu konzipieren, das einer nachhaltigen Entwicklung förderlich ist?

Europa sollte sein Steuersystem nach drei Grundsätzen umbauen:

- **Besteuerung von Verbrauch statt von Einkommen oder Vermögen;**
- Stärkere Besteuerung von Gütern als von Dienstleistungen;
- **Wesentlich stärkere Besteuerung von fossiler Energie als von jeder anderen Verbrauchsart.**

Fossile Energie ist zu billig. Inflationsbereinigt sind Öl und Gas heute nicht teurer als vor 25 Jahren. Wenn wir sie so rasch wie möglich durch erneuerbare Energie ersetzen wollen, dann bedarf es einer doppelgleisigen Strategie:

- Wir sollten fossile Energie verteuern;
- **Wir sollten mehr Forschung für erneuerbare Energie betreiben.**

Wie sollte ein "grünes Steuersystem" aussehen?

- Es sollte einfach und transparent sein. Das muss das oberste Ziel jeder Steuerreform sein. Die Mehrheit der Bürger sollte von allen direkten Steuern befreit werden und keine Einkommensteuer-Erklärungen einzureichen haben. Einkommen-/Lohnsteuer sollte nur für Einkommen von >€15.000 erhoben werden.
- Die Mehrheit der Bürger sollte ihren Beitrag zur Finanzierung staatlicher Leistungen über die MWST. und spezifische Verbrauchssteuern erbringen.
- Der Standard-Satz der MWST. sollte etwa 20% betragen, wie das in Frankreich, Belgien, Italien, Slowakei und anderswo der Fall ist.
- Die unterschiedlichen MWST.-Sätze sollten überprüft werden. Ist es noch angebracht, Nahrungs- und Genussmittel zu "subventionieren", wenn Europäer zunehmend unter Übergewicht leiden? Wäre es nicht richtiger, zwischen Gütern und Dienstleistungen zu unterscheiden und im Interesse der Nachhaltigkeit Dienstleistungen wie Reparaturen, Wartung, Sport, Fernsehen, Kino, Erziehung, Bücher anstelle von Nahrungsmitteln mit niedrigeren Sätzen zu besteuern?
- **Die Besteuerung von fossiler Energie sollte eine Haupteinnahmequelle für den Staat bilden.**

Wie sollte das gegenwärtig wenig kohärente System der Energiebesteuerung im Hinblick auf Klimawandel reformiert werden?

- Die Regierungen müssen ihren Bürgern erklären, dass hohe Steuern auf Energie notwendig sind, um den Verbrauch von fossiler Energie und CO₂-Emissionen zu reduzieren und zugleich dem Staat Einnahmen zu verschaffen.
- Diesel, Benzin, Heizöl, Kohle und Erdgas sollten entsprechend ihres Gehalts an Kohlenstoff bzw. der CO₂-Emissionen besteuert werden. Es gibt daher keinen Grund dafür, Benzin/Diesel höher als Heizöl zu besteuern.
- Für die Finanzierung unseres Straßennetzes sollten wir Weg-Gebühren entrichten, nicht nur für LKWs, sondern auch für PKWs, wie das in Frankreich, Italien und Spanien der Fall ist. Dabei ist es irrelevant, ob diese Gebühren elektronisch erhoben werden wie in Deutschland oder Österreich, an eigens errichteten Gebührenstationen wie in Frankreich oder Italien oder an den Grenzübergängen wie in der Schweiz. Die Straßengebühren sollten die Gesamtheit der durch die Nutzung entstehenden Kosten, einschließlich der "externen" Kosten durch Umweltschäden oder globale Erwärmung, decken.
- Der **Flugverkehr und die Schiff-Fahrt**, auf hoher See wie auf Binnengewässern, sollten der gleichen Art von Energiebesteuerung unterliegen wie alle anderen Energienutzer.

Ein solches System lässt sich mit einem Minimum von gesetzlichen Änderungen in jedem der 25 Mitgliedstaaten einführen. In der Tat, seine wesentlichen Elemente sind EU-weit in Kraft: durch die EU Richtlinie vom Herbst 2004 über die Mindestbesteuerung der verschiedenen Formen fossiler Energie und durch den Ratsbeschluss vom Frühjahr 2005 über LKW- Mauten. Drei wesentliche Änderungen wären notwendig, um einen nachhaltigen Einfluss auf den Verbrauch fossiler Energie zu haben.

- **Luft- und Seeverkehr müssen voll einbezogen werden.** Über die Einbeziehung des Luftverkehrs besteht innerhalb der EU Einvernehmen, nicht jedoch über die Art und Weise. Eine Mehrheit von Experten scheint das Problem durch die Einbeziehung der Fluggesellschaften in den Emissionshandel von CO₂ lösen zu wollen.

- **Die Angleichung der Verbrauchssteuern auf Diesel und Heizöl.** Dieses Problem lässt sich erst anpacken, wenn die Verkehrs-Maut überall in der EU eingeführt worden ist. Mehr bei <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/20/20343/1.html>

Globaler Marshall-Plan soll Untergang aufhalten.

Professor Franz Josef Radermacher sparte nicht mit Kritik und deutlichen Worten. "Wir beuten andere Länder aus. Die westliche Welt kann nur deshalb so reich sein, weil andere arm sind." Der Zukunftsforscher zeigte sich überzeugt: "Wenn es uns nicht gelingt, die Ungerechtigkeit auf der Welt wenigstens zu mildern, dann fährt die Menschheit gegen die Wand."

Was sich da an Konflikten aufbaue, sei "dramatisch gefährlich", sagte Radermacher. Sein Auftaktthema im Rahmen einer vierteiligen Vortragsreihe, die er im September in Rosenheim fortsetzen wird: "Weltweite ökosoziale Marktwirtschaft und Global Marshall Plan - ein Programm für eine bessere Gestaltung der Globalisierung." **Die globale Grundordnung sei grundfalsch**, mahnte der Zukunftsforscher, der unter anderem Wissenschaftlicher Leiter am Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung an der Universität Ulm und Kurator der Stiftung Weltvertrag ist. **"20% der Weltbevölkerung verfügen über 80% des**

Wohlstands." Die reiche Welt sitze auf einem unglaublichen Konsumniveau. "Jeder hier im Raum verbraucht 15 Mal so viel wie andere Menschen aus der armen Welt", verdeutlichte Radermacher den rund 600 gebannt lauschenden Zuhörern.

Das Problem sei, "dass die Armen reich werden wollen und zu Recht den gleichen Wohlstand anstreben, den wir in der westlichen Welt genießen". Es gebe "überhaupt keinen Grund, dass uns die Chinesen und Inder wirtschaftlich nicht einholen". Allerdings **verbrauche die Menschheit jetzt schon das 1,2-fache der Ressourcen (Öl, Wasser, Böden), die der Globus eigentlich hergebe**. "Unser Reichtum funktioniert momentan nur mit einem massiven Verbrauch endlicher, fossiler Energie und einem massiven Schadstoffausstoß", so Radermacher, der eindrucksvolle Zahlen nannte: "In Kalifornien kommen derzeit auf 1000 Menschen 1250 Autos. In China sind es gerade mal sieben. Die Chinesen und Inder wollen aber auch alle Auto fahren und glauben natürlich, sie können genauso viel Dreck machen wie wir. **Das verträgt die Erde nicht, wir fahren ökologisch an die Wand.**"

"Wir müssen miteinander einen Weg finden, die Ressourcen nicht überzustrapazieren und sie fair zu verteilen", forderte der Zukunftsforscher. Es könne "ein Drama werden, wenn die förderbare Ölmenge zurückgeht". Von den Reichen müsse jedoch unweigerlich die Bereitschaft verlangt werden, vergleichsweise ärmer zu werden. Das sei jedoch nicht einfach, "da der Mensch ein Hardwareproblem bekommt, wenn er nicht den Wohlstand genießen darf, an den er sich gewöhnt hat". Aufs Schärfste kritisierte er die "absurde Ideologie, die uns weismachen will, dass 20% der Weltbevölkerung als Leistungsträger den Rest der Welt mit nach oben ziehen".

Radermachers Lösung für die immer dramatischeren Probleme ist eine weltweite ökosoziale Marktwirtschaft nach dem so genannten «Global Marshall Plan». Endziel dieser neuen Weltwirtschaftsordnung soll sein, "dass **80% der Weltbevölkerung über 60% des Kuchens verfügen**". Erster Schritt müsse das Erreichen der von 191 Staaten unterzeichneten "Millenniumsentwicklungsziele" sein - wie die Beseitigung der extremen Armut und des Hungers, das Gewährleisten einer Grundschulbildung für alle Kinder und das Schaffen einer globalen Partnerschaft für Entwicklung.

Rund 100 Milliarden Dollar, so hat die Initiative errechnet, würde die Umsetzung des «Global Marshall Plans» pro Jahr kosten. Um dies zu finanzieren, sprach sich Radermacher für eine minimale Besteuerung globaler Transaktionen aus. "Der momentane Freihandel führt nur zu immer größeren Problemen. Wir brauchen eine Belastung des Welthandels zur Entlastung des Mittelstands", so der Zukunftsforscher. Mehr bei

http://www.rosenheimer-nachrichten.de/nachrichten/zet_report_6_8117.html

<http://www.globalmarshallplan.org>

http://www.oekonews.at/index.php?mdoc_id=1008937

<http://www.zeit.de/2005/24/st-zukunftzwei>

Vernetzung fördern und an einem Strang ziehen!

Die Prognose für die Zukunft ist düster. "Die Möglichkeit zum Untergang besteht", räumte Wolfgang Hofkirchner, Professor am ICT&S (Center for Advanced Studies and Research in Information and Communication Technologies & Society an der Universität Salzburg ein. "Doch die Menschen sind die erste Spezies, die nicht aussterben muss." Weil sie "kollektive Intelligenz" im erforderlichen Maß entwickeln kann. Einzelne Akteure würden durch soziale Interaktion

Intelligenz hervorbringen, die weit über ihre eigene hinausgeht.

Inspiration, Kommunikation und Innovation als Antwort auf Globalität und Komplexität? **"Die globalen Probleme betreffen die ganze Menschheit und können nur von ihr als Ganzes gelöst werden"**, brachte Hofkirchner die Situation auf den Punkt. Bei der dafür notwendigen Vernetzung der Intelligenzen würden die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien eine herausragende Rolle spielen. Aber lässt sich damit das Ziel einer kollektiven Intelligenz überhaupt erreichen? Ja, behauptet Hofkirchner, **"wenn wir lernen, alle an einem Strang zu ziehen"**.

Das hieße aber, eine höheren Ordnung zu akzeptieren. "Diese höhere Ordnung gibt es", erklärte Frithjof Finkbeiner, Vorsitzender der Global Marshall Plan Foundation. Für den Globalisierungskritiker kommt dafür nur die Welthandelsorganisation WTO infrage: "Eine per se demokratische Organisation mit Gericht und Sanktionsmöglichkeiten." Für ein Umdenken fehle allerdings der politische Wille. Darum gehöre vehement Druck ausgeübt - und dafür sei wiederum Vernetzung enorm wichtig.

Vernetzung fördern: Der Vernetzung von Intelligenz und Wissen auf unternehmerischer Ebene widmete sich Ursula Maier-Rabler, Professorin und Leiterin des ICT&S, in ihrem Vortrag: "Wir leben heute in Informations- und Kommunikationsnetzwerken, müssen damit aber erst umgehen lernen." Das gelte vor allem für Unternehmen. Jegliche Form des Wirtschaftens erfolge heute wissens- und informationsbasiert. Mit massiven Auswirkungen auf den Unternehmeralltag: Produktion, Management und Vermarktung werden flexibler, Teile der Arbeit ausgelagert. "Nur durch starke Kooperationen und die Bildung von Allianzen wird das Überleben möglich sein." Zugleich bieten Netzwerke Chancen. **"Wer sich zu einem Knoten im Netzwerk macht, wird zum Gewinner in der neuen Ordnung."**

Information dürfe freilich nicht nur bezogen, sondern müsse auch weitergegeben werden. Niemanden am Wissen teilhaben zu lassen, sei in Netzwerken tödlich. Das erfordere ein Umdenken, ermutigen soll eine Metapher: Wird das Licht einer Fackel an eine zweite weitergegeben, brennt die erste dadurch nicht weniger hell.

(Fritz Neumüller/DER STANDARD, Print-Ausgabe, 13. 6. 2005)

Umweltschutz und Klimaschutz sind Arbeitsplatzknüller.

Inzwischen gibt es in Deutschland 1,5 Millionen Arbeitsplätze im Umweltschutz. Das sind **doppelt so viel wie in der Automobilbranche!** Allein im Bereich erneuerbarer Energien gibt es 150.000 neue Jobs. Das könnten - bei weiterem Ausbau - schon 2010 mehr als doppelt so viele sein. Die Vorteile sind vielfältig: Mehr Umweltschutz - mehr Arbeitsplätze - gute Exportchancen für Umwelttechnologien bei steigenden Ölpreisen, solange fossile oder atomare Rohstoffe importiert werden müssen.

Der systemische Vorteil bei erneuerbaren Energien: **nichts wird mehr verbraucht, alle Energie wird lediglich gebraucht.** Mehr bei

<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Art-Umweltpolitik/6546.php>

Kein Kahlschlag für Klopapier.

Allain in Brasilien verschwanden allein zwischen August 2003 und August 2004 **26.130 Quadratkilometer Regenwald**, eine Fläche, die ungefähr **80% des Territoriums von Belgien** entspricht!

Warum auch auf Papieren „FSC“ stehen sollte: Täglich werden weltweit **270.000 Bäume als Papier die Toilette hinuntergespült** oder in Form von Taschentüchern weggeworfen. Das klingt unglaublich – ist aber eine Tatsache.

Über 40% des weltweit industriell geschlagenen Holzes wird benötigt, um Papierprodukte aller Art, wie zum Beispiel Zeitungen, Zeitschriften, Geschenkpapier, Verpackungen, Küchentücher, Taschentücher oder Toilettenpapier herzustellen. Damit ist die Papierindustrie eine Schlüsselindustrie, wenn es um die Zukunft unserer Wälder geht. Der Anteil der Produkte aus Altpapier liegt bei den vier großen Papierherstellern nur zwischen 3 bis 10%.

Teile der Papierindustrie haben sich jetzt auf den Weg gemacht, bei Herstellung und Gebrauch von Frischfaserpapier Verantwortung zu übernehmen und eine aktive Rolle bei der Lösung der beschriebenen Probleme zu übernehmen. Diese vom WWF aktiv geförderte Entwicklung hat einen Namen: **FSC (Forest Stewardship Council)**. Dieses Zertifizierungsverfahren für die naturnahe Nutzung der Wälder wird zunehmend auch von der Papierindustrie als Chance begriffen und genutzt.

Der WWF geht von einem Trend aus, der dazu führen wird, dass Verbraucher das **FSC-Zeichen in zunehmendem Maße jetzt auch auf Papier- und Druckprodukten finden können**. Eine Übersicht der FSC-Pioniere im Papierbereich finden Sie bei

<http://www.wwf.de/naturschutz/lebensraeume/waelder/nutzung/papier/index.html>

<http://www.umwelt.org/robin-wood/german/presse/index-050610.htm>

<http://www.urgewald.de/indexn.htm>

Umwelt-Finanzen:

Neue Studie zu ökologischen Geldanlagen

Im langjährigen Vergleich halten die nachhaltigen Aktienindizes mit den konventionellen Indizes mit und erzielen zum Teil sogar deutlich höhere Wertsteigerungen.

Als Spitzenreiter erweist sich dabei der Natur-Aktien-Index (NAI). Der NAI ist nicht nur einen weltweit erfolgreichen Nachhaltigkeits-Index, sondern hat auch im direkten Vergleich zur konventionellen Benchmark am Besten abgeschnitten. Den konventionellen Weltindex MSCI World als Benchmark hat der NAI weit überholt, bestätigt Michael Schröder, Leiter des Forschungsbereichs internationale Finanzmärkte beim ZEW in Mannheim.

"Dieses gute Ergebnis ist wegweisend für die Beurteilung von nachhaltigen Geldanlagen", betont Securvita-Sprecher Norbert Schnorbach. "Es beweist, dass sich die qualitative Auswahl von Unternehmen mit herausragenden ökologischen Merkmalen auch an der Börse bezahlt macht." Der Natur-Aktien-Index NAI hat seit der Gründung vor nunmehr acht Jahren über einen ausreichend langen Zeitraum bewiesen, dass eine Aktienausswahl mit ökologisch-sozialen Maßstäben besonders erfolgreich sein kann. "Ökologische Investments verbinden gute Renditen und gutes Gewissen. Sie werden deshalb für private Geldanleger und für institutionelle Investoren immer interessanter." Mehr bei

<http://www.umweltdialog.de/umweltdialog/finanzen/2005-06->

Pensionsfonds müssen ökologische und soziale Kriterien beachten.

Verbraucher sollen selber entscheiden, was mit ihrem Geld für die betriebliche Altersvorsorge geschieht. Bislang bleibt es noch im Dunkeln, ob ein Pensionsfonds seine Renditen für die **Rente mit Kinderarbeit und Kriegsrüstung** verdient oder mit Bio-Eis und Babypuder.

Pensionsfonds sollen darum ihre Versicherten einmal im Jahr informieren, ob und wie sie ökologische, ethische und soziale Belange bei der Verwendung der eingezahlten Beiträge berücksichtigen. Diese erhöhte Transparenzpflicht ist Teil der siebten Novelle des Versicherungsaufsichtsgesetzes, die der Deutsche Bundestag kürzlich verabschiedet hat. Im Januar 2006 wird die Öko-Reform dann in Kraft treten.

International hat sich eine umweltfreundliche Berichtspflicht längst durchgesetzt; in Großbritannien, Frankreich, Belgien und Italien hat sich die **Öko-Transparenz sogar zu einem erfolgreichen Verkaufsschlager** entwickelt. Alternative Rentenfonds gelten nämlich auch ökonomisch als attraktiv. Laut einer Untersuchung des konventionellen und renommierten Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) können nachhaltige Anlagen mit ihrer konventionellen Konkurrenz mithalten und erzielen zum Teil **deutlich höhere Wertsteigerungen** und können sich daher in einer **höheren Rente** auszahlen.

Deutsche Bank: Photovoltaikbranche wächst weiter.

Zweistellige Wachstumsraten sind in der deutschen Wirtschaft heute die Ausnahme. Zu diesen wenigen Ausnahmen rechnet die Deutsche Bank die Photovoltaikbranche.

Weltweit werde die Branche jährlich bis 2010 um etwa 30% wachsen - Deutschland werde dabei "überdurchschnittlich expandieren" - also jährlich über 30% wachsen. Mehr bei <http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/6495.php>

Stiftung Warentest-Finanztest: Umweltfonds ÖkoVision auf Platz 2 der Top 50 Welt !

Der Umweltfonds *ÖkoVision* von *ÖkoWorld Lux*. investiert vorwiegend in kleinere und mittelgroße Unternehmen, die in ihrer jeweiligen Branche und Region unter ökologischen und ethischen Aspekten führend sind und die größten Ertragsaussichten besitzen.

Dieser Öko-Aktienfonds ist von der Rating-Agentur *Standard and Poor's* mit der höchstmöglichen Anzahl von fünf Sternen ausgezeichnet worden. *ÖkoVision* hat auch im Rating ein Single A für seine außergewöhnlich gute Management-Leistung.

Und unter 215 verglichenen Aktienfonds (MSCI Welt) der Stiftung Warentest ist der Ökofonds ÖkoVision nun auf Platz 2 gelandet!

(Stiftung Warentest - Finanztest März 2005)

ÖkoVision tätigt Anlagen in Unternehmen, die umweltverträgliche Technologien, langlebige Verbrauchsgüter oder Nahrungsmittel aus ökologischem Anbau herstellen und vertreiben oder die regenerative Energien gewinnen und nutzen. Ebenso Unternehmen, die sich sozial

engagieren, sich für fairen Handel in Entwicklungsländern und für Verbraucherschutz einsetzen. Darüber hinaus wird in Unternehmen investiert, die Technologien zur Verringerung von Umweltschäden herstellen, Sozial- und Umweltmanagement einführen, eine besondere Transparenz aufweisen, die Leistungen zum Wohle aller anbieten (Gesundheit, Kapitalgüter, Engineering, Energieanlagen, Dienstleistungen etc.).

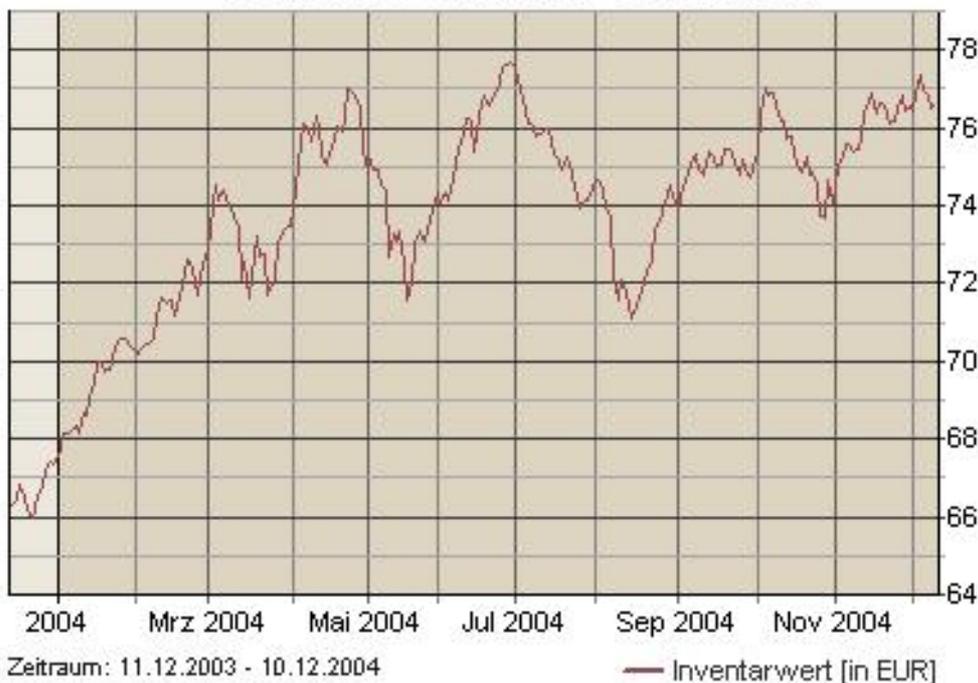
ÖkoVision gilt als der ökologisch-ethisch strengste Ökofonds und hat ein Fondsvolumen von ca. 118 Mio. Euro.

Seine Performance 2004 betrug + 13,7%. Mindestanlage: 5.000,-- Euro; Sparplan ab 100,-- Euro monatl./ab 200,-- Euro vierteljährl.

Ausgabeaufschlag: einmalig 5%. Mehr bei

<http://www.eco-best-invest.com/oekovision.html>

12-Monats-Chart für ÖkoVision



Wertentwicklung ÖkoVision 2004

PHOTOVOLTAIK



Umwelt-Technologie - die Energie für den Frieden:

Um das 21. Jahrhundert zu überleben, müssen wir unseren Energieverbrauch in dem Maße durch Erneuerbare Energien ersetzen, wie er im 19. und 20. Jahrhundert entstanden ist. Wenn wir unsere natürlichen Energien nicht nutzen, so ist das nur auf einen Intelligenzmangel unserer Spezies zurückzuführen.

Idealtechnologien nutzen Ressourcen, die unbegrenzt verfügbar sind, bei ihrer Nutzung nicht verschleißeln, die regenerierbar sind und nach deren Nutzung keine negativen Folgeeffekte auftreten. Die Experten meinen, dass Bioenergie allen anderen regenerativen Energien mengenmäßig weit überlegen ist. Zudem bietet sie die Möglichkeit der problemlosen Speicherung und der vielfältigen Nutzung, die von der Verbrennung über Vergärung bis hin zur thermochemischen Vergasung reicht.

>>> 130.000 neue Arbeitsplätze, ein Umsatzvolumen von jährlich rund 10 Milliarden und die Vermeidung von 50 Mio. Tonnen CO₂-Emissionen pro Jahr sind die bisherige Bilanz des EEGs in Deutschland. Zukünftig können es bis zu 2 Millionen Arbeitsplätze sein. > Die zig-Milliarden-Subventionen für Atomkraft in den 70er Jahren sind übrigens nie diskutiert worden!

Durch den Ausbau erneuerbarer Energien verringern sich im Jahr 2015 die globalen Kohlendioxid-Emissionen um 1,2 Milliarden Tonnen - mehr als der gesamte CO₂-Ausstoß Deutschlands im Jahr 1990. Dies ist das Ergebnis der Auswertung des internationalen Aktionsprogramms, das im Juni letzten Jahres auf der Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien - renewables2004 – beschlossen wurde.

Verpackung: Agropolymere schützen Obst und Gemüse umweltfreundlich

Forscherin entwickelt Weizen-Gluten und Papier-Verpackung: Obst und Gemüse sollen in Zukunft umweltfreundlich verpackt im Kühlschrank der Haushalte lagern. Um dies zu garantieren, hat das Cofresco Institute, das als Joint Venture zwischen der deutschen Melitta Gruppe und der US-amerikanischen SC Johnson gegründet wurde, einen Innovationspreis für die beste Verpackungslösung ausgeschrieben. Gewonnen hat den Preis Carole Guillaume, Professorin für Lebensmittelchemie und Agropolymer Technik an der Universität Montpellier II. Das Projekt befasst sich mit der Entwicklung eines kompostierbaren Materials, das aus einer Verbindung von Weizen-Gluten und Papier besteht.

Durch diese Kombination werden die mechanischen Eigenschaften des Glutens verbessert, gleichzeitig aber bleibt der große Vorteil von Agro-Polymeren, die biologische Abbaubarkeit, erhalten.

Als Alternative zu konventionellen Plastikverpackungen arbeitet Guillaume derzeit an der Entwicklung von umweltfreundlichen und biologischen Materialien, wie der Weizen-Gluten-Folie. Diese haben das Potenzial für den Einsatz bei einer großen Bandbreite verschiedener Produkte. Weizen-Gluten-Folien besitzen mehrere Vorteile, besonders dann, wenn die relative

Feuchtigkeit sehr hoch ist. Dies ist vor allem bei eingepacktem, frischem Obst und Gemüse der Fall. Die Gasaustauschrate steigt stark mit der relativen Feuchtigkeit an. Die Folie kann außerdem bei Temperaturschwankungen den CO₂-Gehalt sehr gut regulieren. Bei all diesen guten Eigenschaften verfügt die Weizen-Gluten-Folie jedoch nur über schwache mechanische Leistungen, die aber durch die Kombination mit einem Papier ausgeglichen werden können. Mehr bei

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=050629030>

Kleipolster ersetzen unverrottbare Verpackungsmaterialien.

Und ist in zwei bis drei Wochen vollständig kompostierbar.

Forscher der Technischen Universität Chemnitz haben gemeinsam mit der Rolle Mühle Waldkirchen ein Verpackungsmaterial entwickelt, das vollständig biologisch abbaubar ist und zu etwa 85% aus Getreidekleie besteht. Brantex, so der Markenname der Verpackung, die ebenso patentrechtlich geschützt ist wie ihr Herstellungsverfahren, bietet eine interessante Alternative gegenüber traditionellen Verpackungsmaterialien wie etwa dem Schaumpolystyrol, das wie die meisten anderen Materialien praktisch nicht verrottbar ist.

Die Öko-Verpackung profitiert in erster Linie von den natürlichen Eigenschaften der Getreidekleie. Bei dem neuen Verpackungstoff Brantex werden fast ausschließlich Nebenprodukte verwendet. So wird etwa Kleie verwendet, die beim Mahlen des Getreides ohnehin anfällt. Dazu kommen in geringen Mengen Baumwollfasern. Die beiden Rohstoffe werden mit Wasser vermischt, die dabei entstehende pastöse Masse wird anschließend in Formen gepresst. Mehr bei

<http://www.tu-chemnitz.de>

<http://www.rolle-muehle.de>

Super-Size-Solarmodul zur Energiegewinnung.

Das derzeit größte Fassadenbauteil zur Stromerzeugung aus Sonnenenergie präsentiert ein österreichisches Unternehmen auf der derzeit in Freiburg stattfindenden Intersolar 2005. Das Sonnenenergie-Bauteil hat eine Fläche von 12,5 Quadratmetern und eine elektrische Leistung von 1.500 Watt. "Mit diesem Modul werden sich die Möglichkeiten der Energiegewinnung durch Photovoltaik im Gebäudebereich deutlich erweitern", erklärt Unternehmenschef Josef Ertl von der Herstellerfirma Ertex Solar.

Durch das "Riesenmodul" wird ein ganz neuer Nutzungsaspekt der Photovoltaik im Gebäudebereich geschaffen. "Nun können Architekten Photovoltaik auch überall dort im Hochbau einsetzen, wo es bislang nicht möglich war", erklärte Ertl. Mit dieser neuen Entwicklung könnte Österreich zukünftig die Pole Position im Bereich Photovoltaik für Architektur und Fassadenintegration einnehmen.

Die Stromerzeugung aus Photovoltaik weist global rapide Zuwachsraten auf. Im Jahr 2004 ist der Weltmarkt um 59% gewachsen. Das Marktvolumen im Bereich Solarmodule beläuft sich derzeit weltweit auf rund 5 Milliarden Euro. Mehr bei

<http://www.intersolar.de>

<http://www.ertex-solar.at>

Brennstoffzellen-Fahrzeug: Weltrekord bei Energieeffizienz.

5.134 Kilometer Reichweite mit dem Äquivalent von einem Liter Benzin. Wissenschaftler der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETH Zürich) haben ein Fahrzeug entwickelt, das einen neuen Weltrekord im Treibstoffverbrauch aufgestellt hat: Mit dem **Äquivalent von einem Liter Benzin hat das Gefährt namens PAC-Car 5.134 Kilometer** zurückgelegt. Herzstück des PAC-Car ist eine Wasserstoff-betriebenen Brennstoffzelle, die damit zwei Elektromotoren antreibt. Als einzige "Emission" erzeugt das Fahrzeug reines Wasser. Mehr bei <http://www.ethz.ch>
<http://www.paccar.ethz.ch>
http://www.vistaverde.de/news/Wirtschaft/0506/27_brennstoffzelle.php

Wie marktreif sind Wasserstoffautos?

Wann kommt das Wasserstoffauto? Erst 600 solcher Fahrzeuge gibt es derzeit weltweit. Doch die Tests laufen auf Hochtouren – und sie laufen gut. Es dominiert die Kombination von PEM-Brennstoffzellen mit einem Hochdruck-Wasserstofftank, wobei die 700 bar-Speicherungen sich als Standard durchzusetzen scheinen. Marktbeobachter sahen in den Jahren 2000 bis 2003 einen Schwerpunkt der Entwicklungstätigkeit in Japan. 2004 hingegen überwogen die Entwicklungen in Europa, wenn auch der Einsatz der Fahrzeuge überwiegend in Nordamerika stattfand. Mehr als 55% der Modelle aus 2004 fuhren auf amerikanischen und kanadischen Straßen. Stark dazu beigetragen haben Auslieferungen der Modelle F-Cell, Ford Focus FCV und GM HydroGen3. Acht US-Bundesstaaten haben mittlerweile **Vorschriften über den Einsatz von Null-Emissions-Fahrzeugen** erlassen. Dass die Umstellung auf den sauberen Energieträger erfolgt, steht inzwischen außer Frage. Auch der Verband der Automobilindustrie (VDA) hat sich der Einschätzung angeschlossen, dass am Wasserstoff kein Weg vorbei führt. Allein die Frage des "wann" ist noch ungeklärt. Für den Beginn der Massenproduktion von Fahrzeugen mit Wasserstoffkraftstoff und den Aufbau einer flächendeckenden Kraftstoffinfrastruktur gibt es nach wie vor unterschiedliche Szenarien. Mehr bei http://www.umweltdialog.de/umweltdialog/mobilitaet/2005-06-15_Wie_marktreif_sind_Wasserstoffautos.php

Shell: Solarzellenproduktion verzwanzigfacht.

Shell Solar hat 1997 insgesamt fünf Megawatt Solarzellen produziert. 2005 sollen es 100 Megawatt sein - also eine **Verzwanzigfachung innerhalb von acht Jahren**. Zusammen mit BP ("Beyond Petroleum") ist Shell einer der ersten Mineralölkonzerne, die allmählich auf erneuerbare Energien umsteigen. BP ist in Europa Marktführer bei der Produktion von Solarzellen. BP schaltet heute ganzseitige Anzeigen unter dem Motto: "Man riecht sie nicht, man hört sie nicht. Gibt es eine bessere Energie als die Sonne?" Mehr bei <http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/6564.php>

Fraunhofer-Institut bestätigt weltweite Einsatzmöglichkeiten des Energiesparmoduls.

Das Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (UMSICHT) in Oberhausen hat jetzt ein physikalisches Gutachten erstellt, laut dem sich mit dem von der Aqua Society, Inc. entwickelten Energiesparmodul der Energieverbrauch in der Kälte- und Klimatechnik theoretisch um 68% senken lässt. Damit wurden eigene Untersuchungen von Aqua Society in vollem Umfang bestätigt.

In dem Gutachten wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich dieses Verfahren auch für die Nutzung von Kondensationsabwärme und insbesondere bei Kälteprozessen zur Wassergewinnung aus der Umgebungsluft einsetzen lässt.

Die anfallende Abwärme im Niedertemperaturbereich bis 110 Grad Celsius stellt in allen Industrienationen ein immenses, bislang weitgehend ungenutztes Energiepotenzial dar. Durch die gezielte Nutzung der Niedertemperaturwärme zur Stromerzeugung könnte weltweit ein deutlicher Beitrag zur Schonung von fossilen Energieressourcen sowie zur Senkung der CO₂-Emissionen geleistet werden. Mehr bei

http://www.aqua-society.com/A_D_Aktuelles_details_frauenhofer.htm

Biogas: Vom Landwirt zum Energiewirt.

Die Biogasbranche boomt. Entsprechend groß ist der Informationsbedarf in der Landwirtschaft. Hier will die VRD Energie Stiftung mit einem Öffentlichkeitsprojekt einen Beitrag leisten. Das Öffentlichkeitsprojekt umfasst eine DVD und ein ausführliches Infoheft rund ums Thema Biogas.

8000 kostenlose DVD-Medienpakete gibt es kostenlos bei

<http://www.energiewirt.fechnermedia.de/bestellung.php>

Partikeloxidationskatalysator für LKWs.

Der Partikeloxidationskatalysator (POK) der Pankl Racing Systems AG wird erstmals in einem Lkw getestet. Mit diesem neuartigen Katalysator kann die vom Motor ausgestoßene Partikelmasse angeblich um bis zu 75% reduziert werden. Die Anzahl der ausgestoßenen Partikel kann um bis zu 90% verringert werden. Im Gegensatz zu herkömmlichen Filtern muss der POK nicht gewartet werden. Er wurde zum Einsatz in Nutzfahrzeugen und Bussen konzipiert und wird von den Grazer und Innsbrucker Stadtbetrieben bereits in der Praxis eingesetzt. Mehr bei

<http://www.pankl.com>

Spruch des Monats:

"Gentechnik spielt sich überwiegend im privaten Sektor ab und daher dient sie dem Profit weltumspannender Konzerne. Daher ist

Gentechnik auch kein Heilmittel für die armen Länder dieser Welt, denn mit diesen können die gewinnorientierten Konzerne langfristig kein gutes Geschäft machen. Die heute noch vorhandene genetische Vielfalt im Pflanzen- und Tierreich ist mehr als ausreichend, um die Ernährungsprobleme der Ärmsten zu lösen."

Tewolde Berhan Egziabher, Umweltminister von Äthiopien

EU-Umweltminister beharren auf Gentech-Importverboten.

Erstmals fand sich eine qualifizierte Mehrheit und lehnte ein Aufweichen nationaler Regelungen durch die EU-Kommission ab.

Seit geraumer Zeit schwelt ein Konflikt zwischen (alter wie neuer) EU-Kommission und mehreren Mitgliedsländern in der Frage nationaler Beschränkungen für Einfuhr und Anbau bestimmter gentechnisch veränderter Pflanzen (GVOs), die auf EU-Ebene bereits zugelassen sind. Erstmals fand sich jetzt eine qualifizierte Mehrheit von nahezu Dreiviertel der Stimmberechtigten im EU-Umweltministerrat. Alle acht Kommissions-Vorschläge wurden abgelehnt. Ein Plädoyer für nationale Souveränität in der Gentech-Frage. Eine schwere Schlappe für gentech-freundlichen Kommissionäre. Mehr bei

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/20/20393/1.html>

Bioland fordert: Gentech-Felder umpflügen!

Der Anbauverband Bioland befürchtet, dass es zu großflächiger Verbreitung und Verschleppung des genveränderten Mais kommen könnte, wenn die bayerischen Felder nicht vor der Maisblüte Mitte Juli identifiziert und umpgepflügt werden. Diese Kontamination wurde allem Anschein nach von der Saatgutfirma Pioneer verursacht.

Bereits vor einigen Tagen war öffentlich bekannt geworden, dass in Bayern gentechnisch verunreinigtes Maissaatgut der Firma Pioneer angebaut wurde. 21 Landwirte haben auf 150 Hektar Mais ausgesät, der gentechnisch veränderte Samen enthielt.

Nach einer Überprüfung im April muss für Pioneer, das zu Dupont, dem zweitgrößten US-amerikanischen Chemiekonzern gehört, klar gewesen sein, dass bestimmte Chargen des Maissaatguts Clarica kontaminiert sein könnten. Der Hersteller teilte erst Ende Mai den Behörden mit, dass er die Landwirte über die Kontaminierung informiert habe. "Daher ist nicht auszuschließen, dass ahnungslose Landwirte missbraucht wurden, um kontaminiertes Saatgut widerrechtlich auszusäen. Der Genmais muss vor der Blüte im Juli umpgepflügt und vernichtet werden, damit weitere Risiken eingeschränkt werden. Es darf kein Präzedenzfall geschaffen werden, der zu Rechtsverstößen ermuntert und eine unkontrollierte Verbreitung der Gentechnik ermöglicht", fordert Josef Wetzstein, Vorsitzender der bayerischen Bioland-Bauern.

Gentechnikfreies Saatgut darf nach geltendem EU-Recht nicht verunreinigt sein. Das bedeutet, es darf keinerlei gentechnische Verunreinigung nachweisbar sein. Mehr bei

<http://www.naturkost.de/meldungen/2005/050627gen1.htm>

<http://www.naturkost.de/meldungen/2005/050620genv1.htm>

<http://www.genfoodneindanke.de>

Agrarexperte Klaus-Peter Wilbois: Gentechnik ist gefährlich, weil sie die Kontrollmechanismen der Pflanze ausschaltet.

Öko-Landbau: Chance für die deutsche Landwirtschaft.

Das ohnehin starke Wachstum des Bio-Marktes legt noch weiter zu: Nach Umsatzzuwächsen von ca. 11% im Jahr 2004 stieg der Umsatz des Naturkostfachhandels im ersten Quartal 2005 um 15,4% im Vergleich zum Vorjahresquartal. Gleichzeitig melden Bio-Verarbeiter bei einzelnen Produktgruppen wie z.B. Kalbfleisch oder Altkühen Versorgungsengpässe.

Ökologische Lebensmittelwirtschaft sollte als Leitbild für nachhaltiges Wirtschaften in den Mittelpunkt der Agrarpolitik gerückt werden.

Schließlich belegen zahlreiche Studien, dass der Ökologische Landbau die Anforderungen der Gesellschaft an die Landwirtschaft am besten erfüllt: Erzeugung gesunder und unbelasteter Lebensmittel, Offenhaltung einer vielgestaltigen Landschaft und eine umwelt-, natur- und tiergerechte Produktionsweise. Mehr bei

<http://www.boelw.de>

<http://www.keine-gentechnik.de>

Bauernpräsident Sonnleitner fordert Erhalt des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

Die wachsende Bedeutung von Energie aus Pflanzen und anderen organischen Materialien hat der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Gerd Sonnleitner, auf dem Bauerntag in Rostock hervorgehoben: "Der Bauernverband sieht in der Bioenergie eine wichtige volkswirtschaftliche Perspektive."

Die Bioenergie ist in den vergangenen Jahren ein wichtiges wirtschaftliches Standbein für die Landwirte in Deutschland geworden: Auf zwei Millionen Hektar der insgesamt elf Millionen Hektar deutscher Ackerfläche bauen sie inzwischen Energiepflanzen wie zum Beispiel Raps an. Die Bioenergie-Branche erzielte daraus im Jahr 2004 nach Angaben des Bundesverbandes Bioenergie in Bonn einen Umsatz von 3,5 Milliarden Euro, ein Jahr zuvor waren es noch 2,85 Milliarden Euro. Den größten Anteil am Umsatz 2004 hat die Produktion von Biodiesel (800 Millionen Euro), gefolgt von der Stromherstellung aus Biomasse (600 Millionen Euro) und der Produktion fester Brennmaterialien wie zum Beispiel Holzpellets (300 Millionen Euro). Etwa **50.000 Menschen sind in der Branche bundesweit beschäftigt**. In den kommenden 25 Jahren wird ein Zuwachs auf 200.000 Beschäftigte erwartet.

Auslöser für den Boom ist neben dem Erneuerbare-Energien-Gesetz die

Mineralölsteuerbefreiung von Biotreibstoff im Jahr 2004. Neben Biodiesel spielt dabei Bioethanol eine immer größere Rolle. Der hauptsächlich aus Weizen und Roggen hergestellte Alkohol wird herkömmlichem Benzin mit einem Anteil von bis zu 15% zugesetzt. Mehr bei

[http://www.unendlich-viel-](http://www.unendlich-viel-energie.de/index.php?id=56&tx_ttnews[tt_news]=92&tx_ttnews[backPid]=1&cHash=533c94413a)

[energie.de/index.php?id=56&tx_ttnews\[tt_news\]=92&tx_ttnews\[backPid\]=1&cHash=533c94413a](http://www.unendlich-viel-energie.de/index.php?id=56&tx_ttnews[tt_news]=92&tx_ttnews[backPid]=1&cHash=533c94413a)

Kosten für Atomkraft weit unterschätzt.

Britische Studie spricht von dreimal so hohen Realkosten.

Um den Faktor drei werden die tatsächlichen Kosten für die Atomkraftwerke unterschätzt.

Zu diesem Schluss kommt die Expertengruppe New Economics Foundation (NEF). Die derzeitigen berechneten Kosten reichen nicht aus, um neue Technologien zu erforschen. Die NEF sieht langfristig nur Chancen in erneuerbaren Energien wie Wind und Photovoltaik, berichtet BBC-Online.

Erwartungsgemäß reagierte die Nuclear Industry Association NIA. "Der Bericht ist völlig aus der Luft gegriffen", so Simon James von der NIA. Nach Angaben der British Energy and Nuclear Fuels kostet die Kilowattstunde Atomstrom zwischen drei und vier Cent. Nach den Berechnungen der NEF sind diese Zahlen allerdings weit untertrieben, sie errechneten Kosten zwischen fünf und 12 Cent pro Kilowattstunde. Die NEF-Autoren kritisieren, dass die Betreiber die Herstellungskosten am unteren Ende ansetzen, weil sie die Risiken des Betriebs nicht mit einkalkulieren.

In anderen Worten ausgedrückt bedeutet dies, dass die unteren Kostengrenzen vorhersehbar sind, allerdings die oberen Limits im Falle einer Störung ins Unermessliche steigen. Diese Risikofaktoren finden in der Berechnung der tatsächlichen Herstellungskosten keinen Niederschlag, meinen die NEF-Studienautoren. Als Beispiel führen sie das AKW Mirage und Oasis an, dessen Bau insgesamt 23 statt der ursprünglich geplanten fünf Jahre gedauert hat. Damit **explodierten die Baukosten um 400 Prozent**. Die **AKW-Befürworter vergessen allzu häufig auf die Kalkulation dieser "versteckten Kosten" ebenso wie auf das Risiko eines Terroranschlags. Atomkraft sei jedenfalls keine Antwort auf die Verminderung der Treibhausgase.** Mehr bei

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=050630023>

<http://www.neweconomics.org>

Fusionsreaktor: Ein Projekt unrealistischer atomarer Blümenträume.

Zur Ankündigung der sechs Partner des ITER-Projektes (EU, Japan, Russland, die USA, China und Südkorea), die Sonne auf der Erde nachzubauen, um der Menschheit eine unerschöpfliche Energiequelle zu sichern, erklärte Irm Pontenagel, Geschäftsführerin EUROSOLAR: "Statt den 'Fusionsreaktor Sonne' auf der Erde nachzubauen, sollte die Energie der existierenden Sonne auf der Erde genutzt werden - als Licht- und Wärmestrahlung, in Form von Wind- und Wasserkraft, Biomasse und Geothermie. In 150 Millionen Kilometern Entfernung befindet sich nämlich bereits ein wunderbarer Fusionsreaktor, der auch schon lange in Betrieb ist - störungsfrei, für uns alle konzipiert, ohne radioaktive Abfälle, als dezentrale Energieversorgung." Also: Keinen "Fusionsreaktor Sonne" auf die Erde bauen, sondern ihre Energie nutzen!

Mit Zähnen und Klauen hat Frankreich jahrelang um den Zuschlag für den Fusionsforschungsreaktor ITER gekämpft. Das Milliardenprojekt gilt als entscheidend für die langfristige strategische Unabhängigkeit bei der Energieversorgung. Doch ob der Reaktor am Ende am richtigen Platz steht, ist auch in Frankreich umstritten. Der Bauplatz liegt in einem **erdbebengefährdeten Gebiet!**

Wissenschaftler meinen, das Interesse an der Atomkraft komme weniger aus der Politik, sondern mehr von den Herstellern. Mehr bei

<http://www.eurosolar.org/new/de/downloads/IrmBeitragFAZ.pdf>

<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/6568.php>

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/20/20365/1.html>

Stromwechsel spart Millionen Tonnen an Treibhausgasen ein.

Lediglich ein Prozent in Deutschland nutzen Ökostrom. Warum so wenig?

Der Wechsel zu einem Stromanbieter, der seinen Energie-Mix mit Wind- und Wasserkraft sowie Kraft-Wärme-Kopplung zusammenstellt, entlastet das Klima erheblich, berichtet die Zeitschrift natur+kosmos in ihrer Juliausgabe. Nach Berechnungen des Öko-Instituts verursacht eine Kilowattstunde konventionellen Stroms 660 Gramm Kohlendioxid, eine Kilowattstunde Öko-Strom dagegen nur 150 Gramm, also weniger als ein Viertel. Hochgerechnet aufs Jahr kann ein durchschnittlicher Zweipersonen-Haushalt damit 1,6 Millionen Tonnen CO₂ einsparen - allein mit einer Unterschrift. Denn der Wechsel zu einem atomstromfreien und klimafreundlichen Stromlieferanten ist ganz einfach: Ein Antrag bei der gewünschten Firma genügt. Alles weitere geht dann von selbst. **Je nach Anbieter verteuert sich die Rechnung nicht einmal.** Eine Übersicht der kostengünstigen Stromunternehmen gibt es in Juliausgabe von natur+kosmos und in unserem

Energietipp.

Wasserverschmutzung durch den Bayer-Konzern.

Der Bayer-Konzern sucht seit Jahren Kooperationen mit glaubwürdigen Organisationen (z.B. UNEP, WHO, Umweltverbänden). Dabei wählt Bayer gezielt solche Bereiche aus, in denen das Unternehmen in der Kritik steht. Solche „best practice“-Projekte verstellen jedoch den Blick darauf, dass Chemie-Unternehmen für eine große Zahl von Umweltproblemen verantwortlich sind.

- Bayer gehört zu den 10 größten Direkteinleitern von Schadstoffen in Deutschland. Das Unternehmen emittiert über das Abwasser jährlich rund 600 Tonnen Phosphor, 3.400 to Stickstoff, 1,5 Mio to anorganischer Salze, 73 to Chlororganika und 29 to Schwermetalle (Werte für 2002 bzw. 2003). Das Grundwasser rund um Bayer-Werke ist häufig stark belastet – so wurden kürzlich in der Nachbarschaft der Bayer-Fabrik in Durban/Südafrika bis zu 4800 mg Chrom pro Liter Grundwasser gefunden.
- Bayer ist der weltweit größte Pestizid-Hersteller. Agrogifte belasten in aller Welt Böden und Grundwasser. Allein in Deutschland werden jährlich mehr als 30.000 to Pestizide versprüht, rund 30% des Grundwassers sind dadurch belastet. Die Wasserwerke müssen jährlich dreistellige Millionenbeträge ausgeben, um das Trinkwasser frei von Pestiziden zu halten.
- Täglich verbraucht der Bayer-Konzern rund 2,1 Millionen cbm Wasser. Allein das Werk Leverkusen erzeugt doppelt so viel Abwasser wie die benachbarte Millionenstadt Köln. Die meisten Werke des Unternehmens entnehmen dem Boden hochqualitatives Grundwasser und

leisten hierfür aufgrund „alter Wasserrechte“ nicht einmal Abgaben.

- Jahrzehntlang gelangten aus der Dhünnau, einer der weltweit größten Chemie-Deponien, hohe Mengen Schadstoffe in den Rhein. Der Bayer-Konzern hatte in der Dhünnau mehrere hunderttausend Tonnen Chemiemüll ungesichert gelagert.

- Seit vielen Jahren fordern Umweltgruppen die Veröffentlichung der Einleiterdaten der Bayer-Werke. Das Unternehmen verweigert dies. Als der "Verein zum Schutze des Rheins und seiner Nebenflüsse" die Daten für das Werk Leverkusen einsehen wollte, rief Bayer sogar die Gerichte an. Es wollte seine in die Flüsse eingeleiteten Schadstoffmengen per Urteil zum Betriebsgeheimnis erklären lassen, kam aber mit seinem Ansinnen nicht durch. "Chemie im Dialog" sieht anders aus.

- Zahlreiche Produkte des Unternehmens belasten noch nach Jahrzehnten die Umwelt. So gehörte Bayer zu den weltweit größten PCB-Herstellern – auch dann noch, als die Risiken Polychlorierter Biphenyle durch Gesundheitsbeeinträchtigungen in den Produktionsanlagen allgemein bekannt waren. Das Hafenbecken von Oslo ist beispielsweise stark mit PCB aus Schiffsanstrichen verseucht, größtenteils durch Lacke von Bayer.

(Quelle: Offener Brief diverser Umweltverbände an National Geographic Deutschland)

Umweltschützer jetzt öfter vor Gericht.

Umweltverbände haben jetzt wegen einer EU-Richtlinie ab sofort mehr Klagerechte. Fortan könnten die rund 200 in Deutschland aktiven Gruppen vor Verwaltungsgerichte ziehen, um den Schutz von Boden, Luft oder Wasser anzumahnen. Bisher hatten zumeist nur direkt Betroffene das Recht zu klagen. Das ändert jetzt die so genannte EU-Öffentlichkeitsrichtlinie. Allein: Nicht für alle Juristen ist die Sache so eindeutig.

Für Christian Schrader, Rechtsexperte der Fachhochschule Fulda, steht aber fest: Ab sofort gibt es die Möglichkeit, "schwerwiegende umweltrelevante Rechtsverstöße etwa beim Bau eines Atomkraftwerks" zu bekämpfen - und zwar mit Musterklagen. Mehr bei

<http://www.taz.de/pt/2005/06/27/a0165.nf/text>

Wie Junkfood-Konsum Kinder verändert.

Warnungen vor den Folgen des übermäßigen Fastfood-Konsums gibt es zuhauf. Dennoch lieben vor allem Kinder und Jugendliche Hamburger, Pommes und Co. Eine neue TV-Serie namens "Honey, We Are Killing The Kids", die in BBC3 läuft, zeichnet ein erschütterndes Bild: Wie würde die heute achtjährige Joanna Buc mit 40 Jahren aussehen, wenn sie sich weiterhin so ungesund ernährt.

Computergrafik macht es möglich, die Gesichter von Kindern einer durchschnittlichen Familie so zu verändern, als würden sie heute 40 Jahre alt sein. Julie Buc, Mutter der achtjährigen Joanna und des zehnjährigen Jason, war, nachdem sie die Fotos gesehen hatte, schockiert. Beide Kinder liebten es nämlich, täglich bis zu zwei Liter gezuckerte kohlenstoffhaltige Softdrinks zu konsumieren. Zusätzlich dazu aßen die Kinder mit Vorliebe vor dem laufenden Fernseher, fixe Bettruhezeiten fehlten. Ein Expertenteam unter der Leitung des Kinderpsychologen Kris Murrin

verwendete Datenmaterial vom Institute of Child Health. Mehr bei

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=050701004>

<http://www.bbc.co.uk/bbcthree>

Demokratie oder Öl-Wirtschaft.

Der unverantwortliche Umgang mit dem Öl schafft viele ökonomische, politische und ökologische Probleme, die wir uns im 21. Jahrhundert einfach nicht mehr leisten können. Dazu gehören sowohl die Ölkatastrophe vor Spanien, Portugal und Frankreich als auch die Irak-Annektion, die bereits vor dem 11. September 2001 beschlossene Sache war. Denn im Jahr 2000 verbrauchten die USA 15% mehr Öl gegenüber 1990 und sie verbrauchen jedes Jahr 1,5% mehr! Und 40% davon verbrauchen die Autos. In den USA kann man von seinem 2,5 Tonnen schweren "Sports Utility Vehicle" je nach Bundesstaat zwischen \$40.000 bis \$100.000 steuerlich absetzen.

>>> Die USA verbrauchen ein Viertel des gesamten Öls. Würde der heutige durchschnittliche Kraftstoffverbrauch der amerikanischen Pkws auf den Durchschnittsverbrauch der deutschen Pkws reduziert werden, so könnte der derzeitige jährliche Erdölverbrauch von Afrika, China und Indien eingespart werden!!!

<http://www.nlpb.de/04-pub/EXPO-PDF/energie.pdf>

Zur Verteidigung der Zahlungsfähigkeit der USA ist Kontrolle über das Öl im Nahen Osten wichtig, aber es geht eigentlich um eine Weltwährungsschlacht Dollar gegen Euro. Mehr bei

<http://www.telepolis.de/tp/r4/artikel/19/19603/1.html>

Auch Bush und Cheney stehen nicht über dem Gesetz.

Weil die US-Regierung mit falschen Begründungen in den Irak-Krieg gezogen ist, fordert der ehemalige Präsidentschaftskandidat Ralph Nader die Amtsenthebung. Der US-Präsident steht wegen des Irak-Feldzuges unter Druck. Nach einer aktuellen Umfrage der Washington Post und des Fernsehsenders ABC glaubt mehr als die Hälfte der US-Bürger inzwischen nicht mehr, dass der "Krieg gegen den Terrorismus" ihr Land sicherer mache.

Seit der Veröffentlichung des Downing Street Memos haben 100.000 US-Bürger eine Petition von Senator John Conyers (Demokratische Partei) an Präsident Bush unterzeichnet. Diese Bewegung hat im Internet unter AfterDowningStreet.org eine Plattform geschaffen. Dieses und zahlreiche weitere Foren unterstützen die Forderung nach einem **Amtsenthebungsverfahren gegen Bush**. Aber den Leuten ist natürlich klar, dass es ein harter Kampf sein wird, den von der Republikanischen Partei kontrollierten Kongress zu Anhörungen im Rahmen eines Amtsenthebungsverfahrens zu bewegen. Mehr bei

<http://www.telepolis.de/tp/r4/artikel/20/20282/1.html>

Peak oil: Steigende Preise, sinkende Förderung.

Viele Investmentbanken gehen von steigenden Preisen aus. Und eine der größten Investmentbanken im Energiesektor, *Goldman Sachs*, erklärte Ende März 2005, der **Barrelpreis könnte sich sogar bald auf \$105 verdoppeln!**

Und danach? Die französische Investmentbank *Ixis-CIB* warnte im April 2005 davor, dass ein Barrel Öl im Jahre 2015 gar \$380 kosten könnte, wenn alles so weitergeht.

Buch & Cheney kommen aus der Öl-Industrie, und dort wird seit Jahrzehnten in aller Öffentlichkeit gelogen, ohne dass man überhaupt versucht, die Lügen glaubhaft zu machen.

Obwohl die Welt immer mehr Öl verbraucht und immer weniger neue Funde hinzukommen, werden komplett unveränderte Zahlen für Ölreserven ausgewiesen. Seit einigen Jahren packen aber immer mehr ehemalige Ölmänner aus. Sie stehen nicht mehr auf der Gehaltsliste der Ölfirmen, sondern auf der Seite von Investmentbanken. Und die mögen keine Risiken.

Jetzt hält auch das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) einen Ölpreis von 100 Dollar pro Barrel für möglich. Einige Banker in den USA sprechen sogar von 120 Dollar. Allein in diesem Jahr ist der Ölpreis schon um 40% gestiegen. Mehr bei

<http://www.telepolis.de/tp/r4/artikel/19/19966/1.html>

<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/6563.php>

>>> Der nächste Ölschock kommt bestimmt!

Das größte Problem ist, dass wir auf den nächsten Ölschock und seine heftigen wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen überhaupt nicht vorbereitet sind. Uran ist als Ersatz ungeeignet und würde nicht mal 40 Jahre reichen.

Sonne und Wind stehen uns mehr als ausreichend zur Verfügung sowie auch das nötige know how. Doch die derzeitige Wirtschaft und die von ihr gesponsorte Politik haben Angst vor Veränderungen, denn noch verdienen einige sehr gut am Öl. Und das bringt uns das größte nur vorstellbare Desaster; ökonomisch, politisch, sozial und klimatisch!

Einzige Lösung: Jetzt schon im großen Stil in erneuerbare Energien (Wind, Wasser, Sonne, Biomasse) investieren. Nach dem Ölschock ist es zu spät!

Siehe auch: [Finanzsektor muss Geschäftsrisiko ernst nehmen!](#)

Friedenscamp gegen Ölausbeutung.

Die Vereinigung der Huaorani-Frauen im ecuadorianischen Amazonas will mit einem Friedenscamp im Yasuni-Nationalpark das traditionelle indianische Stammesgebiet vor der Zerstörung durch Ölausbeutung schützen. Der Yasuni-Park gehört zu den artenreichsten Gebieten der Welt und ist seit Jahrhunderten Lebensraum von etwa 2500 Huaoranis. Der brasilianische Konzern Petrobras will im Yasuni Öl fördern. Obwohl die UNESCO den Yasuni-Park 1989 zum Biosphärenreservat erklärt hat und gegen den erbitterten Widerstand der indigenen Waldbewohner baut der brasilianische Ölgigant Petrobras derzeit eine Zugangsstraße zu Ölfeldern im Nationalpark. Petrobras hält mit 15% die drittmeisten Anteile an dem Ölkonsortium OCP, das die „WestLB-Pipeline“ in Ecuador betreibt. Wenn die Bauarbeiten nicht gestoppt werden, werden demnächst 15 Kilometer tief auf traditionellem Huaorani-Land Bohrlöcher eingerichtet und Pipelines verlegt.

Bitte unterstützen Sie die Huaorani-Frauen mit einem Protestbrief an die ecuadorianische

Regierung direkt bei

<http://www.regenwald.org/mailaktion/aktion.php?show=45>

Deutsches Erdöl und Erdgas versiegen bald.

Die Erschließung neuer Erdöl- und Erdgasvorkommen in Deutschland wird immer schwieriger. Im vergangenen Jahr ging die Öl- und Gasproduktion im Inland um jeweils 7,5% zurück, teilte der Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung (WEG) mit. Insgesamt liegt Deutschland damit bei der Gas- Produktionsmenge in Westeuropa auf Platz vier hinter Großbritannien, den Niederlanden und Norwegen. Die deutschen Unternehmen konnten beim Erdgas 19% der Inlandsnachfrage decken, beim Erdöl dagegen nur 3%. Mehr bei

<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/6529.php>

Steigende Umweltbelastung durch Flugverkehr.

Der Naturschutzbund NABU hat zum Beginn der Sommerferien vor der steigenden Umwelt- und Lärmbelastung durch Flugverkehr gewarnt und eine **Besteuerung von Kerosin** gefordert.

"Fliegen belastet die Umwelt besonders stark mit Schadstoffen und Lärm. **Mit einem Urlaubsflug nach Teneriffa wird das Klima ähnlich stark geschädigt wie durch ein Jahr Autofahren**", sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. Die derzeitige

Ungleichbehandlung von Flug- und Schienenverkehr verzerre den Wettbewerb zu Ungunsten umweltfreundlicher Verkehrsträger, so Miller. Der Flugverkehr trage derzeit rund 12% zu den verkehrsbedingten CO₂-Emissionen bei, sei aber von jeglicher Energiesteuer befreit.

Allein dem Bundesfinanzminister entgehen wegen der Befreiung von der Mineralölsteuer, der Ökosteuer (Schadstoffsteuer) und der Mehrwertsteuer auf internationale Flugtickets **jährlich Einnahmen von über fünf Milliarden Euro**. Mehr bei

http://www.vistaverde.de/news/Wirtschaft/0506/23_fliegen.php

Klimawandel

>>> Die Gefahrenstudie des US-Verteidigungsministeriums stuft die Gefahren, die durch den Klimawandel hervorgerufen werden, als größere Bedrohung ein, als etwa die internationale Terrorismusgefahr. Befürchtet werden Unwetter mit Überschwemmungen, massive Hungersnöte und militärische Konflikte beispielsweise durch zunehmende Wasserknappheit.

"The danger zone is not something in the future. We're in it now."

Myles Allen, *University of Oxford*

Das Polareis schmilzt deutlich schneller. **Britische Forscher beklagen 13.000 Quadratkilometer Verlust in 50 Jahren.**

Wissenschaftler erwarten drastische gesundheitliche und wirtschaftliche Folgen des Klimawandels für Deutschland.

Gesundheitliche und wirtschaftliche Folgen des Klimawandels stellen Deutschland in den nächsten Jahrzehnten vor große Herausforderungen, so das Ergebnis einer Tagung des *GSF-Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit* zusammen mit der *Münchener Rückversicherungsgesellschaft*.

So deutliche Worte fanden die Klimaforscher in der Vergangenheit nicht immer:

Wetterkatastrophen nehmen seit einigen Jahrzehnten drastisch an Zahl und Ausmaß zu. In Deutschland müssen wir in Zukunft immer häufiger mit extremeren Winterstürmen und Unwettern, Überschwemmungen und Sturzfluten, Hitzewellen und Dürren rechnen. Dazu tragen zunehmend auch Veränderungen bei den atmosphärischen Extremwerten als Folge der globalen Erwärmung bei. Der Klimawandel wird allein in Deutschland Schäden in Milliardenhöhe verursachen.

Die Landflächen der nördlichen Erdhälfte werden sich mit zunehmender geographischer Breite stärker erwärmen. Die Jahresniederschlagsmenge hoher nördlicher Breiten wird zumeist zunehmen, die Niederschläge in höheren mittleren Breiten im Winterhalbjahr ebenfalls. Die Regenmengen werden auch pro Ereignis zunehmen, es wird neue Extreme geben. "Auch ein abrupter Klimawandel kann für das 21. Jahrhundert nicht ausgeschlossen werden" warnte Hartmut Graßl, Direktor am Max Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg und forderte eindringlich Maßnahmen zur Anpassung auch in Deutschland. Die gesundheitlichen Risiken der bevorstehenden Klimawandels für Deutschland liegen vor allem in der zu erwartenden Zunahme der Hitzeperioden. Mehr bei

<http://www.umweltdialog.de/vtest.asp?id=1820>

Finanzsektor muss Geschäftsrisiko ernst nehmen!

Die Allianz Gruppe hat bei der Vorstellung des Berichts "Klimawandel und Finanzsektor - ein Aktionsplan" angekündigt, die Investitionen in erneuerbare Energien um 300 bis 500 Millionen Euro in den nächsten fünf Jahren zu steigern.

Der gemeinsame Bericht von Allianz und WWF zeigt einzelne Schritte auf, wie die Risiken des Klimawandels im Versicherungs-, Bank- und Asset-Management-Geschäft besser berücksichtigt werden können.

"Der Klimawandel bringt erhebliche Kosten für den Finanzsektor", erklärt Joachim Faber, Vorstandsmitglied der Allianz AG und CEO von Allianz Global Investors, der Allianz Asset-Management-Sparte. "Im Interesse unserer Kunden und Aktionäre müssen wir diese Risiken im Blick behalten, wenn wir Versicherungsrisiken übernehmen und über Finanzanlagen oder Kreditvergabe entscheiden."

Um der Bedeutung des Klimawandels auch besser in strategischen Entscheidungen gerecht werden zu können, wird sich die Allianz künftig auf Vorstandsebene mit diesem Thema beschäftigen und eine systematische Untersuchung von Klimarisiken im Bank-, Versicherungs- und Vermögensverwaltungsgeschäft vornehmen.

"Der Finanzsektor spielt eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern und die Welt auf den Weg der sauberen Energien zu bringen", erläutert Robert Napier, Geschäftsführer des WWF in Großbritannien. In einer weiterführenden Kooperation wollen WWF und Allianz neue Instrumente zur Bewertung von Klimarisiken entwickeln und zeigen, wie führende Finanzunternehmen den Übergang zu einer Wirtschaft mit sauberen Energien meistern können.

Die Allianz, Europas führender Versicherer, rechnet mit steigenden Versicherungsprämien für Risiken, die durch den Klimawandel verursacht werden könnten. "Naturkatastrophen können zwar wissenschaftlich noch nicht mit letzter Sicherheit auf den Klimawandel zurückgeführt werden. Doch es ist ganz deutlich, dass **Ausmaß und Häufigkeit von Naturkatastrophen zugenommen haben und dass der Klimawandel dabei eine Rolle spielt**", erläutert Andrew Torrance, CEO der britischen Versicherungstochter Allianz Cornhill. "Im Versicherungsgeschäft erhöht der Klimawandel das Risiko von Sachschäden jährlich um 2 bis 4 Prozent. Dies kann in einigen Märkten bei entsprechenden Schäden zu Prämienenerhöhungen im Sachgeschäft führen. Denn die Versicherer müssen ihre risikobasierten Versicherungskostenmodelle anpassen, um dem immer größeren Ausmaß der klimabedingten Schadenereignisse Rechnung zu tragen."

Mehr bei

http://www.panda.org/about_wwf/what_we_do/climate_change/news/news.cfm?uNewsID=21477

Ein Drittel Spaniens droht zur Wüste zu werden.

Neben der Klimaerwärmung sind dafür zahlreiche hausgemachte Faktoren verantwortlich, jetzt schon herrscht eine extreme Trockenheit.

Zum Weltwüstentag am 17. Juni hatten Klimaexperten vor einer fortschreitenden Wüstenbildung auf der Welt gewarnt. Zwei Milliarden Menschen seien von der fatalen Entwicklung bedroht. Das Phänomen kann nicht nur in der sogenannten Dritten Welt beobachtet werden, sondern tritt auch in Europa deutlich auf der iberischen Halbinsel auf. Zwei Drittel Spaniens seien von Wüstenbildung betroffen. Das zudem unter einer extremen Dürre leidet. Notmaßnahmen sollen Wasser sparen helfen und einer modernen Form der "Brandrodung" soll mit einem "Berggesetz" begegnet werden.

Das Land, so sagen Klimaforscher, werde die Klimaveränderung besonders hart treffen. Die derzeitige Dürre sei der Anfang einer Entwicklung. Ende des Jahrhunderts könnten die Temperaturen im Jahresdurchschnitt auf der um drei bis fünf Grad höher liegen. Was das für den Wasserhaushalt bedeutet, lässt sich anhand der Daten für dieses Jahr ausmalen. Mehr bei <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/20/20369/1.html>

Ozeane werden zunehmend saurer.

Korallen und Plankton werden durch die immer saurer werdenden Ozeane erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Ursache dafür ist der steigende CO₂-Anteil, der den pH-Wert der Meere verändert. Britische Forscher haben einen Bericht in der jüngsten Ausgabe des Wissenschaftsmagazins Nature veröffentlicht, wonach dringende Treibhausgasreduktionen notwendig sind. Pikantes Detail am Rande: Die Verringerung muss größer sein als dies im Kyoto-Protokoll vorgesehen ist.

Ohne sofortigen Rückgang der Emissionen sieht es nach Angaben der Wissenschaftler um John Raven von der University of Dundee schlecht aus. Der Säuregehalt der Meere könnte bis zum Ende des Jahrhunderts um 0,5 pH-Einheiten - von 8,2 auf 7,7 - ansteigen. Der konstante pH-Wert, das Maß für die Stärke einer sauren bzw. basischen Wirkung einer Lösung, ist für die weitere Existenz der Lebewesen im Meer absolut notwendig.

"Es gibt keine Möglichkeit für uns das CO₂ aus dem Ozean zu holen", so Raven. "Solange es in die Atmosphäre geblasen wird, endet es im Meer." CO₂ löst sich im Meerwasser zu einer

schwachen Kohlensäure, die Materialien wie Schnecken, Muscheln und Korallen angreift und auflöst. **Seit der industriellen Revolution hat die Menschheit geschätzte 450 Mrd. Tonnen CO2 in die Atmosphäre geblasen.** Knapp die Hälfte davon wanderte wieder in den Ozean.

Mehr bei

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=050701045>

Marines Plankton und Klimawandel.

Aufgrund seiner Verflechtung mit dem globalen Kohlenstoff-Kreislauf vermuten Wissenschaftler, dass marines Plankton über Rückkopplungs-Mechanismen als Reaktion auf erhöhte atmosphärische Kohlendioxid-Konzentrationen erheblichen Einfluss auf die künftige Geschwindigkeit des Klimawandels haben kann. Diese Vermutung und mögliche sozioökonomische Folgen legen ein weltweites kontinuierliches Plankton-Monitoring-Programm nahe. Mehr bei

<http://www.telepolis.de/tp/r4/artikel/20/20376/1.html>

Buchtipps:

Prof. Dr. Peter Hennicke (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie) + Michael Müller (MdB):

Weltmacht Energie - Herausforderung für Demokratie und Wohlstand

Wer die Energie hat, hat die Macht. Dieses Buch zeigt eindrücklich, welche zentrale Rolle die Energie spielt - national und noch mehr für die Ordnung unserer Welt. Der Appetit wächst ungezügelt weiter; alle wollen billige Energie im angeblich freien, tatsächlich aber hoch monopolisierten Wettbewerb. Wenn wir nicht umsteuern, steigt die Macht der Energiemultis, drohen Umweltkatastrophen, entstehen riskante Stromausfälle, neue atomare Bedrohungen und explosive Konflikte um knapper werdende Energie. Wir stehen vor einem Wendepunkt. Die Menschheit muss entscheiden, wie sie die Weltmacht Energie einsetzen will: zum Wohle aller oder zum Vorteil für wenige. Die Autoren skizzieren die möglichen Wege und weisen nach: der sanfte Pfad in die Zukunft ist möglich. Deutschland kann dabei eine Schlüsselrolle einnehmen. Eine Lösung der Energiefrage braucht den gestaltenden Staat, eine engagierte Zivilgesellschaft und verantwortungsbewusste Energiemanager, um die drei Zukunftssäulen - Energiesparen, Effizienzsteigerung und Erneuerbare Energien - aufzubauen. **Entscheidend ist, die Weltmacht Energie zu demokratisieren.** Dann können alle von ihr profitieren.

S. Hirzel Verlag, Stuttgart, Juni 2005, Kartoniert, 260 S., 29,00 Euro (D), ISBN 3-7776-1319-3

<http://www.wupperinst.org/Publikationen/buecher/weltmacht-energie.html>

Statistik:

Weltenergieverbrauch

In der Rangfolge der Länder, die weltweit den höchsten Energieverbrauch verzeichnen, liegt Deutschland mit 3,4 Prozent des Weltenergieverbrauchs auf Platz 6 hinter den USA (**22,4 Prozent**), China (12 Prozent), Russland (6 Prozent), Indien (5,3 Prozent) und Japan (5,1 Prozent).

Quelle: Pressezentrum Deutscher Bundestag

8 Mio. Millionäre besitzen 30 Billionen US-Dollar.

In den USA besitzen 5% der Bevölkerung 60% des Reichtums.

Inflationsbereinigt sind die Managergehälter zwischen 1980 und 2003 um 480% gestiegen. Von 2003 auf 2004 wurden es noch einmal 14,5% mehr. Die Löhne stiegen hingegen nur um einige Prozent, stagnierten teilweise und gingen zurück. Mehr bei

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/20/20289/1.html>

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/20/20246/1.html>

Umwelt-Termine:

22.und 23. September in Augsburg: **Fachkongress für Holzenergie** des BBE (Bundesverband BioEnergie) informiert über aktuelle Themen wie die Bedeutung der Holzenergie für die Wirtschaft, politisch-ökonomische Rahmenbedingungen, Innovative Technologien und Praxiserfahrungen.

<http://www.bioenergie.de>

22.-25. September 2005 in Augsburg: **Zukunftsmarkt Biomasse - RENEXPO 2005“** und **„IHE-HolzEnergie 2005**. Mit Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls und Verabschiedung der Europäischen Emissionshandelsrichtlinie sind Betreiber größerer Energieumwandlungs- und Industrieanlagen seit Anfang 2005 dazu verpflichtet, ihre CO₂-Emissionen zu überwachen und diese durch Emissionsberechtigungen abzudecken. Durch die geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen ergeben sich zahlreiche neue Geschäftsmöglichkeiten für die Branche der Regenerativen.

<http://www.intercarbon.info>

07. bis 09.Oktober 2005 in München, Ludwig-Maximilians-Universität: **Weltkonferenz der Ethnoterapien**. Heilverfahren und -systeme traditioneller Gesellschaften aus aller Welt; alternative und traditionelle Heilverfahren; neue Aspekte für Frieden, Freiheit, Balance und Gesundheit. Erwartet werden rund 400 Teilnehmern vorwiegend aus Gesundheitsberufen und aufgeschlossenen wissenschaftlichen Disziplinen.

<http://www.institut-ethnomed.de>

18. bis 20. November 2005 in Berlin: Internationale Fachtagung und Messe **Moderner Lehm- und Ziegelbau 2005**.

Restaurierung/Sanierung von Lehmbauten, Materialeigenschaften von Lehm, Lehmputz und Gestaltung, Gesundes Wohnen mit Lehmprodukten, Neue Lehmbauprojekte, Zukünftige Entwicklungen und Nachhaltigkeit.

www.lehmbauforum.com

www.moderner-lehmbau.com

26. bis 30. November 2005 in Bonn: **Weltversammlung für Erneuerbare Energien - World Council for Renewable Energy (WCRE).**

Beschleunigung der globalen Einführung Erneuerbarer Energien statt einer atomaren Renaissance; Bekämpfung der Privilegien und der Subventionen für fossile und nukleare Energie; Aufbau internationaler Institutionen für Erneuerbare Energien; Bewertung der Strategien für Erneuerbare Energien; Stand der industriellen Entwicklung Erneuerbarer Energien; Ersatz fossiler Treibstoffe durch erneuerbare in den Bereichen Transport und Mobilität.

<http://www.wcre.org>

Kriege um Wasser.

Die Medien zementieren durch ihre Berichterstattung die Privilegien der Reichen gegenüber den Armen und Machtlosen. Aber überall auf der Welt – in Afrika, Asien und Lateinamerika – leben Menschen unter der sehr realen Bedrohung einer Politik, die das Wasser und die Trinkwasser- bzw. Bewässerungssysteme in **eine Ressource verwandelt, mit der Profite gemacht werden können**. Das Wasser dieser Welt, das seit der Morgendämmerung der Zivilisation der freien Nutzung der menschlichen Gemeinschaften diene, wird mit hohem Tempo in eine bloße Ware verwandelt – etwas, das man verkaufen kann. Wenn man es sich leisten kann – prima. Wenn nicht – Pech gehabt. Michael Stark, ein führender Manager der Firma US-Filter, eine Tochtergesellschaft des multinationalen Konzerns Vivendi, erklärte das Phänomen auf seine Weise: „Wasser ist ein entscheidend wichtiger und notwendiger Grundstoff des alltäglichen Lebens eines jeden Menschen, und es ist gleichzeitig ein nicht weniger bedeutender Grundstoff mächtiger Industriekonzerne.“

Veronica Lake, eine in Michigan beheimatete Umweltschutzaktivistin, hat in ihrem Aufsatz „Corporations Corner Market on Life, Offer Buy-Back: The New World War: Water“ in der Zeitschrift Against The Current No. 108, Jan-Feb 2004, darauf hingewiesen, dass die Industrie sich die Wasservorkommen der Erde mittels dreier hauptsächlicher Methoden aneignet:

- a) durch „Wasser-Bergbau“ in Gebieten mit großen Grundwasservorkommen oder durch intensive Ausbeutung der Flüsse und Ströme dieser Welt;
- b) durch das Leasen von staatlichen Wassersystemen und Abwasseraufbereitungsanlagen;
- c) durch das „Managen“ städtischer Wassersysteme.

Mit anderen Worten: **im Wasser steckt Geld, und wo sich Profite machen lassen, da sind die Konzerne sofort zur Stelle.**

Das ist die dunkle und hinterhältige Seite der „Globalisierungsbewegung“ unter den westlichen Regierungen und kapitalistischen Unternehmen. Das zeigt auch, was Privatisierung wirklich bedeutet: sich das gemeinschaftliche Erbe der Natur anzueignen und es in den Privatbesitz von jemand zu verwandeln, der Kapital daraus schlägt. Mehr bei

<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/5966.php>

Zugang zum Wasser ist ein Menschenrecht.

Was spricht gegen die Privatisierung der Wasserversorgung?

<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/18565/1.html>

Nein zu GATS



Was, wenn ein Nahrungsmittelmulti die Wasserversorgung übernehme?

Was, wenn ein Designfood-Konzern Krankenhäuser übernehme?

Was, wenn ein Zigarettenkonzern die Grundschule übernehme?

Das innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) beschlossene Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement of Trade and Services) wird weitreichende Folgen für uns alle haben. GATS öffnet weite Bereiche der öffentlichen Dienste (z.B. **Bildung, Gesundheit, Kinder- und Altenbetreuung, die Energie- und Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, Umweltschutzdienste, Transport, Post, Museen, Büchereien, Versicherungen, Tourismus, Presse, Funk und Fernsehen**) weltweit dem uneingeschränkten Wettbewerb und trägt dazu bei, dass die Versorgung mit lebenswichtigen Diensten zunehmend eine Frage des Geldbeutels wird. Es geht um den Handel mit Dienstleistungen und um die Gewährleistung der reibungslosen Erweiterung der Wertschöpfungskette in bislang dem Prinzip der Profitmaximierung nicht unterworfenen Dienstleistungen: Mit GATS sollen multinationalen Unternehmen bindende und unumstößliche Verwertungsrechte auf sämtliche Dienstleistungsbereiche zur öffentlichen Grundversorgung in den WTO-Mitgliedsstaaten garantiert und die Domäne der öffentlichen Dienstleistungen womöglich gar illegalisiert werden. Das kann bedeuten:

- **Pfusch durch private Labors bei der Durchführung von BSE-Tests**
- **manipulierter Stromnotstand in Kalifornien (\$ 2,200 entstandene Kosten je BürgerIn)**
- **Preisexplosion nach Privatisierung der Wasserversorgung in z.B. Bolivien (massive Proteste mit Toten und Verletzten führten zur Rücknahme der Privatisierung)**
- **Brotpreise steigen um 1150 Prozent (wie 1990 in Peru).**

In Grenoble zum Beispiel, wo die Wasserversorgung vor rund 12 Jahren privatisiert wurde, beklagte man steigende Preise bei sinkender Wasserqualität, bis man vor zwei Jahren die Privatisierung der Wasserwerke wieder rückgängig gemacht hat. Außerdem fürchtet man in Frankreich mit der Privatisierung der Strommärkte Verhältnisse wie in den USA, wo sich die Preise innerhalb weniger Monate teilweise vervielfachten - wenn es überhaupt Strom gab.

GATS-Beschlüsse sind völkerrechtlich bindend und stehen damit über nationalem Recht. Einmal eingegangene Verpflichtungen sind praktisch nicht mehr rückgängig zu machen!!!

Trotzdem ist GATS bislang kaum in das öffentliche Bewusstsein gedrungen. Kein Wunder: Sie finden hinter verschlossenen Türen statt, und in den offiziellen Medien finden sie trotz ihrer gesellschaftlichen Relevanz kaum Beachtung.

Der Österreichische Umweltdachverband fordert den Stopp von GATS:

"Die im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO laufenden GATS-Verhandlungen fänden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt", beklagt der österreichische Umweltdachverband in einer Presseerklärung.

Kopieren Sie sich deshalb den folgenden Text und protestieren Sie mit einer email beim Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

GATS widerspricht grundlegenden demokratischen Werten und bedroht die Daseinsvorsorge und den freien Zugang zu Bildungs- und Gesundheitsdiensten weltweit. Bis 2005 sollen die GATS-Verhandlungen abgeschlossen sein.

Ich fordere Sie auf, folgende Anliegen zu vertreten:

- **Moratorium der GATS-Verhandlungen**
- **Offenlegung eingegangener Verpflichtungen. Untersuchung der sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Auswirkungen auf nationaler und internationaler Ebene. Eingegangene Verpflichtungen müssen ggf. rückgängig gemacht werden können.**
- **Grundlegende öffentliche Dienstleistungen dürfen nicht den GATS-Regeln unterstellt werden.**
- **Kein weiterer Liberalisierungsdruck auf Entwicklungsländer im Interesse transnationaler Konzerne. Jede Gesellschaft muss über ihre öffentlichen Dienstleistungen autonom und stets neu entscheiden können.**

Bitte nehmen Sie Stellung zu diesen Forderungen!

Mit freundlichen Grüßen

[Name und Adresse]

mailen Sie an: bundeskanzler@bundeskanzler.de

Umweltfreundliche Grüße
Ihr *umweltbrief.de*-team

PS: Lieber grün als Technik.

Wer in einem grünen Büro arbeitet, ist gesünder und zufriedener. Nun ist es wissenschaftlich bewiesen, dass Pflanzen in einem Zimmer oder Büro das Wohlbefinden steigern. Schließlich verbringen wir heute bis zu 90% unserer Lebenszeit in geschlossenen Räumen. Ein kollektives Gedächtnis erinnert uns daran, dass wir bis zum Industriezeitalter den Großteil unserer Zeit "im Grünen" verbracht haben. Pflanzen im Büro sorgen dafür, dass typische Bürosymptome zurückgehen: Ermüdungserscheinungen und Kopfschmerzen um 30 bis 35 Prozent, Husten um 40 Prozent und Schnupfen um 33 Prozent. Hautreizungen nahmen um 33 Prozent ab. Mehr bei <http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-Surftipp/6550.php>

PPS: Umwelt wird vererbt!

Umweltschäden können sich auch noch in Folgegenerationen zeigen. "Die Erkrankung kommt von Deiner Urgroßmutter, weil sie während der Schwangerschaft mit Deiner Mutter den Schadstoff eingenommen hatte." Mehr bei <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/20/20243/1.html>

[home](#)

Wenn Sie den Umweltbrief kostenfrei abonnieren wollen, klicken Sie bitte [hier](#)